

AUS DEM BÜLLINGER RAT

■ Auch in **Buchholz** soll durch eine entsprechende Ortsbeschilderung Tempo 50 eingeführt werden. Auf eine Frage von Alexander Miesen über die Handhabe in weiteren Ortschaften kündigte Bürgermeister Friedhelm Wirtz eine Unterredung in Kürze mit der Polizei an.

■ Genau wie die übrigen Anliegergemeinden schließt sich auch Büllingen dem belgisch-deutsch-luxemburgischen **Flussvertrag der Our** als »strategischer Partner« an. Es handelt sich um ein EU-Interreg-Projekt zum Schutz und zur Aufwertung dieses Bachlaufs. Immerhin entspringe die Our in der Gemeinde Büllingen, sagte Umweltschöffe Herbert Rauw. Und nicht zuletzt kostet diese Partnerschaft die Gemeinde nichts.

■ Unterdessen verlängert die Gemeinde Büllingen ihre Mitgliedschaft im **Flussvertrag der Amel** und deren Nebenläufe (Warche, Holzwarche) bis 2011. Der Jahresbeitrag beläuft sich auf 2343 Euro. Wie Umweltschöffe Herbert Rauw ausführte, handelt es sich durchaus um ein aktives Aktionsprogramm: Inventar der Bachläufe, Aufzeigen von Schwachstellen und deren Behebung, usw.

■ Der Büllinger Gemeinderat bekräftigte seinen Beschluss, den derzeitigen **Bauhof** von Manderfeld (Zentrum) nach Merlscheid (am Altstoffdepot) zu verlegen. Die Geländefrage sei geregelt, so Bauschöffe Willy Heinzus. Allerdings will die Gemeinde Büllingen für dieses

Projekt mögliche Beihilfen der Deutschsprachigen Gemeinschaft (60 Prozent) beantragen.

■ Zum letzten Mal in dieser Form verabschiedete der Büllinger Gemeinderat die **Verzinszuschüsse** für das Jahr 2008. Denn 2009 soll infolge einer Neuregelung der Gewährung von Verzinszuschüssen seitens der DG via die Gemeinden ein neues System eingeführt werden. Er bereite, zusammen mit Kollegin Moni Knaus, eine entsprechende Vorlage vor, die möglichst noch im November auf Kommissionsebene diskutiert werden soll, so Schöffe Wolfgang Reuter. Jenny Möres meinte, eine Neufassung der Kriterien, etwa unter Berücksichtigung der Jugendförderung, sei unabdingbar. Bürgermeister Friedhelm Wirtz sagte, er sei mit dieser Sicht der Dinge einverstanden, aber das sei schwer zu bewerkstelligen. Wolfgang Reuter fügte an: »Die Vereine sind durchaus zufrieden.«

■ Der Leistungsauftrag mit der DG zur Förderung der offenen **Jugendarbeit** in der Gemeinde Büllingen wurde um ein weiteres Jahr verlängert. ■ Rückwirkend für 2006 erhält die Gemeinde Büllingen eine Rückerstattung der **Brand-schutzgebühren** in Höhe von 120 000 Euro.

■ In der Sparte »Immobilien« ist erwähnenswert, dass die Gemeinde Büllingen zwei ihr gehörende Wohnhäuser in den **Voeren** demnächst öffentlich verkaufen wird.



Auf dieser Aufnahme erkennt man mehrere der sieben öffentlichen Gebäude in der Ortsmitte von Rocherath-Krinkelt, die an einen Nahwärmeverbund mit zentralem Bio-Heizkraftwerk angeschlossen werden sollen: Sporthalle, Schule, früheres Gemeindehaus, Kindergarten (v.l.). Der Büllinger Gemeinderat beschloss, hierzu eine Machbarkeitsstudie erstellen zu lassen.

Büllingen gibt Machbarkeitsstudie in Auftrag / Region stellt Fördermittel in Aussicht

Nahwärmesystem im Zentrum von Rocherath-Krinkelt

■ Büllingen

Von Herbert Simon

Die Gemeinde Büllingen erwägt, im Ortskern von Rocherath-Krinkelt ein Nahwärmesystem mit Bio-Heizkraftwerk zu installieren. Das Thema war Gegenstand der jüngsten Ratssitzung am Donnerstagabend.

Damit setze man die Politik der Einführung von Systemen mit erneuerbaren Energien fort, sagte Bauschöffe Willy Heinzus, der an das Projekt Rathaus/Haus Weber in Büllingen (Pelletsheizung) erinnerte.

Im vorliegenden Fall geht es darum, sieben öffentliche Gebäude in Rocherath-Krinkelt (die Pfarrkirche, die beiden Sporthallen, die Volksschule, das frühere Rathaus, das Pfarrhaus und den Kindergarten

mit den Vereinslokalen) an einen Nahwärmeverbund anzuschließen. Dieses Netz wird gespeist mit heißem Wasser, das von einem Bio-Heizkraftwerk erzeugt wird. Damit könnten die zum Teil veralteten Ölheizungen der einzelnen Gebäude abgeschaltet werden.

Der Dorfkern der Doppelortschaft Rocherath-Krinkelt biete sich im Umkreis von 230 Metern für ein solches Projekt regelrecht an, so Willy Heinzus, zumal die Höhenunterschiede gering seien, was die Leitungsverlegung naturgemäß erleichtere. Übrigens hat die Gemeinde für solche Initiativen 15 000 Euro im Haushaltsplan 2008 vorgesehen.

Und nicht zuletzt spornt eine kürzlich von der Wallonischen Region (Rundschreiben vom 19. September 2008) angebotene finanzielle Förderung von Vorhaben dieser Art (zu 90 Prozent mit einem Höchstbeitrag von 500 000 Euro) die

Kommunen an, die Heizungen in ihren Gebäuden im Hinblick auf deren Energieeffizienz zu verbessern. Allerdings müssen die Akten - siehe dazu auch den Ratsbeschluss letzte Woche in Amel - kurzfristig bis zum 15. November eingereicht werden. Der Büllinger Gemeinderat beschloss deshalb einstimmig, die dafür erforderliche Machbarkeitsstudie mit samt Kostenschätzung für dieses ehrgeizige Vorhaben in Auftrag zu geben. Willy Heinzus erläuterte gegenüber Dieter Fickers, wieso das Verhandlungsverfahren für diesen »komplexen« Auftrag einer öffentlichen Ausschreibung vorzuziehen sei. Jenny Möres regte an, das ehemalige Spritzenhaus in Rocherath, das heute als Jugendtreff dient, in die Studie miteinzubeziehen.

Schöffe Herbert Rauw verspricht sich von dem beschriebenen Projekt erhebliche Einsparungen der Heizkosten für

die in Frage kommenden Gebäude in Rocherath-Krinkelt (derzeit 55 000-60 000 l Heizöl/Jahr). Kollege Willy Heinzus ergänzte, die Gemeinde wolle sowohl ökonomisch als auch ökologisch handeln.

In diesem Sinne, so hieß es weiter, werde demnächst auch auf der Grundlage des mittlerweile vorliegenden Energieaudits mit den Betreibern der Sporthallen über Maßnahmen zur Energieeinsparung - möglichst noch vor dem Winter - beraten.

Reinhold Adams wunderte sich über die Kurzfristigkeit der vorhin beschriebenen WRFördermaßnahme. Ihm wurde geantwortet, dass dies oft bzw. meist der Fall sei, wohl auch nicht ganz ungewollt. Doch gelte es abzuwarten, ob die Büllinger Akte letztendlich berücksichtigt werde. Die beschriebene Machbarkeitsstudie kostete übrigens schätzungsweise rund 9000 Euro.

Diskussionen am Donnerstagabend im Rat

Die wichtigsten Gemeindesteuern bleiben in Büllingen unverändert

■ Büllingen

Die wichtigsten Gemeindesteuern in Büllingen bleiben unverändert. Das beschloss der Gemeinderat am Donnerstagabend.

Die kommunale Einkommenssteuer beträgt, so die einstimmige Entscheidung, auch 2009 sechs Prozent. Gegen die Stimmen der Opposition wurde der kommunale Steuersatz für den Immobilienvorabzug wie bisher auf 1900 Zuschlagshundertstel festgelegt. Die Fraktion FBB forderte erneut, die Immobiliensteuer zu senken, um den erhöhten Wasserpreis auszugleichen, die wirtschaftlichen Impulse zu stärken und der sinkenden Kaufkraft in der Bevölkerung entgegenzuwirken, so die Begründung von Alexander Miesen.

Doch Bürgermeister Friedhelm Wirtz erinnerte an einige Prinzipien. Der kostendeckende Wasserpreis sei gesetzliche Vorgabe der Wallonischen Region. Und was die Finanzlage der Gemeinde betreffe, »so haben wir alle 17 Ratsmitglieder

unsere Verantwortung zu tragen«. Außerdem, so Friedhelm Wirtz, könne eine Senkung der Immobiliensteuer die Konkurrenz auf dem Büllinger Grundstücksmarkt weiter entfallen, was sich preislich für die baupflichtigen Bürger aus der Gemeinde nachteilig auswirken würde.

Bis 2013

Der Rat legte zudem eine Reihe Gemeindesteuern und -gebühren bis 2013 fest. In den meisten Fällen bleiben diese unverändert. Allerdings wird die Hundesteuer angepasst. Wie bisher wird die Haltung des ersten Tieres nicht besteuert und gilt für das zweite Tier der Tarif von 48 Euro/Jahr. Für einen dritten Hund wird die Abgabe von bislang 96 Euro auf 150 Euro erhöht. Es gehe darum, so Schöffe Herbert Rauw, »einige wenige Extremfälle in der Gemeinde in den Griff zu bekommen«.

Aus der Diskussion im Gemeinderat ging aber deutlich hervor, wie schwer es ist, das

Problem der streunenden Hunde - in Zusammenarbeit mit der Polizei - zu lösen. Man setze auf die Vernunft und die Ehrlichkeit der Hundehalter, hieß es. Immerhin muss jedes Tier bei der Gemeindeverwaltung gemeldet werden, was aber nicht leicht zu kontrollieren ist.

Neu ist ferner, dass Ausweiskarten für Kinder bis zwölf Jahre in Zukunft kostenlos ausgestellt werden. Bei der Besteuerung der Zweitwohnungen wird der Tarif von 200 auf 250 Euro erhöht, bedingt, so der Bürgermeister, durch die Kostenexplosion bei den Dienstleistungen, die diese Bürger beanspruchen. Die Opposition enthielt sich der Stimme, u.a. unter Hinweis auf offenbar erfolgte »verwaltungstechnische« Unzulänglichkeiten bei der Anwendung dieser Steuer. In diesem Fall gebe es seitens der Bürger Einspruchsmöglichkeiten, die durchaus akzeptiert würden, falls gerechtfertigt, so das Gemeinderatskollegium: »Wir sind nachweisbar kundenfreundlich«.

Bei der Besteuerung nicht adressierter Werbeschriften (mit weniger als 30 Prozent Redaktionstexte) wurde angemerkt, dass die damit verbundene Zielsetzung, die Reklameflut einzuschränken, bislang nicht eingetreten ist. Ausnahmen für örtliche Anbieter sind übrigens gesetzlich nicht zulässig, erfuhr Björn Pfeiffer.

Kirchenfabriken

Der Gemeinderat billigte die Haushaltspläne der Kirchenfabriken. Wieso er sich als einziger der Stimme enthalte, wollte Bürgermeister Friedhelm Wirtz von Walter Velz wissen. Weil diese Vorlagen nicht in den Dokumenten enthalten seien, so dessen Antwort. Diese Akten könnten aber jederzeit bei der Verwaltung eingesehen werden, so die Replik des Bürgermeisters, der später - auf weitere Bemerkungen der Opposition hin - allgemein den Aufwand der Verwaltung bei der Erstellung der Unterlagen für die Vorbereitung der Ratssitzungen erläuterte. (hs)

Auch Büllingen fördert Photovoltaik-Anlagen

■ Büllingen

Dem Beispiel anderer Gemeinden der Gegend folgend führt auch Büllingen eine Prämie für Photovoltaik-Anlagen ein. Sie wird rückwirkend ab dem 1. Januar 2007 gewährt. Die Finanzierung ist im Haushaltsplan 2008 abgesichert. Die Prämie soll die Bürger dazu ermutigen, auf umweltfreundliche Energien zu setzen.

Keine Bürokratie

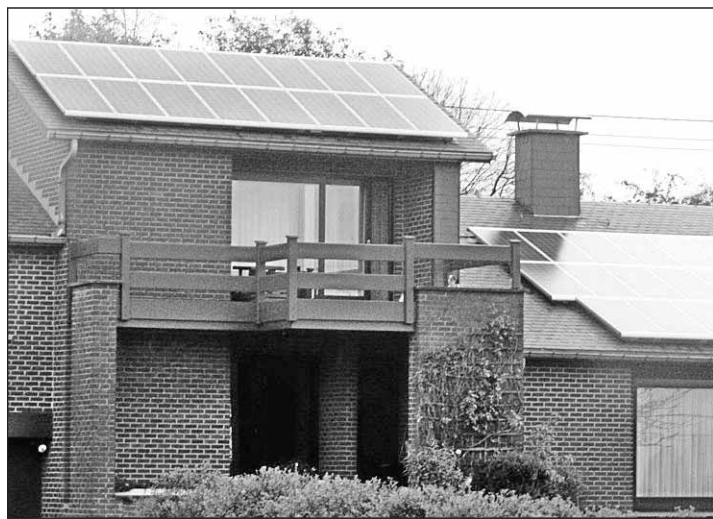
Laut Schöffe Herbert Rauw soll bei der Gewährung der Beihilfe jedwede unnötige Bürokratie vermieden werden. Der Grundzuschuss beträgt - pro Gebäude - 500 Euro für 10 qm Kollektorfläche, erhöht um 10 Euro für jeden weiteren Quadratmeter, mit einer Höchstsumme von 1 000 Euro. Wer die Bestimmungen der Wallonischen Region für diese Prämie (»Solwatt-Plan«) erfüllt, kommt ohne große Formalitäten in den Genuss der genannten Fördergelder. Schöffe Herbert Rauw rechnete aus, dass ein Bauträger, der

beispielsweise seine Altbauwohnung renovierte, Beihilfen für Sanierung, Solar- und Photovoltaik-Anlagen von bis zu 6750 Euro erhalten könne.

Nennleistung

Jenny Möres regte an, die Bürger über das Informationsblatt der Gemeinde über diese neue Prämie aufzuklären, ebenso über die europaweite Verpflichtung der Hersteller, eine ausgediente Anlage nach 20 Jahren zurückzunehmen. Sie und weitere Mitglieder der Opposition sprachen sich zudem für ein gestaffeltes Prämiensystem, bezogen auf die Watt-Nennleistung der Anlagen, aus.

Schöffe Herbert Rauw gab sich überzeugt, das Gemeinderatskollegium habe sich für »die beste Formel« entschieden, derweil Bürgermeister Friedhelm Wirtz unterstrich, die Richtlinien könnten nach angemessenen Erfahrungswerten durchaus später ergänzt oder angepasst werden. Trotzdem enthielt sich Jenny Möres der Stimme. (hs)



Mit einer Prämie will die Gemeinde Büllingen die Bürger anspornen, Photovoltaik-Anlagen an ihren Häusern zu montieren, der Umwelt und dem Geldbeutel zu liebe.